

Felbermayr, Gabriel; Battisti, Michele; Lehwald, Sybille

Article

Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 1: Gibt es eine Trendumkehr?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Felbermayr, Gabriel; Battisti, Michele; Lehwald, Sybille (2016) : Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 1: Gibt es eine Trendumkehr?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 69, Iss. 13, pp. 28-37

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165782>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschland werde immer ungleicher. Das ist eine oft gehörte Grundannahme, die in politischen Debatten hohe Wirkung entfaltet. Nur: Die Daten sprechen eine andere Sprache. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass schon die Hartz-Reformen durch den Abbau der Arbeitslosigkeit zu einer Verringerung der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt geführt haben. Selbst bei ausschließlicher Betrachtung der Beschäftigten zeigt sich eine deutliche Trendwende um das Jahr 2010.

Die ökonomische Ungleichheit in Deutschland sei auf einem hohen Niveau, und sie steige ständig weiter – das scheint der Tenor der Debatte in der Öffentlichkeit zu sein. In den letzten Monaten haben sich viele Autoren zu diesem Thema zu Wort gemeldet, zuletzt der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Marcel Fratzscher mit seinem Buch *»Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird«*.

Wir widmen uns einem – vielleicht dem wichtigsten – Aspekt der Ungleichheitsdebatte: der Verteilung der Einkommen. Das hat einen guten Grund: Einkommen, hier vor allem Arbeitseinkommen, sind eindeutig definiert und gut statistisch erfasst. Und die Einkommensverteilung kann durch Steuern und Transfers politisch viel schneller beeinflusst werden als die Verteilung von Vermögen oder Chancen.

Im Gegensatz zu den Angaben zum Einkommen gibt es in Deutschland keine guten und verlässlichen Daten zur Vermögensverteilung. Die Unsicherheiten beginnen mit der Frage, was als Vermögen zählt: Wie sollen selbstgenutzte Immobilien oder auch Rentenansprüche an private Versicherer und an den Staat eingestuft und quantifiziert werden? Wie gehen wir mit dem Faktum um, dass die wichtigste Informationsquelle zur sozioökonomischen Situation der Bundesbürger (das SOEP¹) einen hohen Anteil an Haushalten enthält, die angeben, kein Vermögen zu haben, aber dennoch positive Kapitaleinkünfte erzielen? Wie behandelt man das zyklische Auf und Ab von Vermögenspreisen, seien es Aktien, Anleihen oder Immobilien, vor allem dann, wenn die Eigentümer die Gewinne oder Verluste gar

nicht realisieren? Noch viel schwieriger ist es, sich auf ein Konzept der Chancengleichheit zu einigen und diese zu messen.

Wir wollen uns in dieser Studie mit den Fakten auseinandersetzen und Spekulationen über wichtige, aber schwer zu messende Aspekte vermeiden. Daher konzentrieren wir uns auf die Einkommensverteilung, die zumindest besser messbar ist.²

Die Ungleichheit der Bruttoreallöhne unter den Beschäftigten in Deutschland hat sich seit 2005 leicht verringert. Der durch den Gini-Koeffizienten gemessene Wert liegt im Jahr 2013 etwas unter dem Niveau von 2004. Blickt man nur auf die sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten, so sinkt die (reale) Bruttolohnungleichheit erst seit dem Jahr 2011.

Betrachtet man nicht nur die Beschäftigten, sondern bezieht Personen ohne (offizielle) Arbeit mit ein, so zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Ungleichheit der Bruttoreallöhne seit dem Jahr 2005. Die Hartz-Reformen haben seit 2005 zu einem Beschäftigungszuwachs von mehr als 10% geführt, d.h., für 4 Mio. Personen wurde das Arbeitseinkommen von null auf einen positiven Wert angehoben. Wird dieser Beschäftigungseffekt berücksichtigt, ist die Ungleichheit der Bruttoreallöhne seit 2005 stark zurückgegangen.

Der Aufbau der Beschäftigung seit 2005 ist zum größten Teil auf mehr Vollzeitstellen zurückzuführen. Der Anteil der Frauen, die sich statt einer Teilzeitarbeitsstelle eine Vollzeitstelle wünschen, liegt seit 2005 konstant bei etwa 14%.

¹ SOEP steht für das Sozio-ökonomische Panel und umfasst einen ausführlichen Datensatz, der auf wiederholten Befragungen einzelner Haushalte in Deutschland basiert. Eine ausführliche Beschreibung der Daten findet sich in Felbermayr et al. (2016).

² Das bedeutet auch, dass wir in weiten Teilen der Studie Einkommen aus Kapital aufgrund der genannten Schwierigkeiten nicht berücksichtigen. An den Stellen, an denen es in unserer Analyse Berücksichtigung findet, weisen wir explizit darauf hin. Für eine sehr ausführliche Behandlung des Themas siehe IAW und Uni Tübingen (2011).

Seit 1997 ist die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen um fast 7 Prozentpunkte gestiegen. Die Lohnungleichheit unter Frauen ist aufgrund anders verlaufender Erwerbsbiographien noch immer höher als jene unter Männern. Daher vergrößert die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen die Lohnungleichheit. Der Anteil der Beschäftigten, die über 50 Jahre alt sind, ist von 23% auf 34% gestiegen. Weil die Lohnungleichheit unter älteren Arbeitnehmern höher ist als unter jüngeren, schiebt auch dieser Trend die Lohnverteilung nach oben. Und der Anstieg des Anteils hochausgebildeter Arbeitnehmer hat denselben Effekt. Ohne diese begrüßenswerten Trends wäre die Lohnungleichheit schon früher zurückgegangen.

Bruttolohnungleichheit: Anzeichen für eine Trendumkehr?

Die wissenschaftliche Debatte in Deutschland konzentriert sich häufig auf die *Bruttolohnungleichheit unter den sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Individuen* (vgl. z.B. Dustmann, Ludsteck und Schönberg 2009; Card, Heining und Kline 2013; Dustmann et al. 2014 für wissenschaftliche Abhandlungen und Möller 2016 für aktuelle Zahlen). Damit wird auf einen (relevanten) Teil der Erwerbsbevölkerung abgestellt – nämlich auf Personen, die unselbständig beschäftigt und somit in der Sozialversicherungsstatistik erfasst sind. Beamte und Selbständige sind allerdings nicht berücksichtigt. Ebenso werden Arbeitsuchende in diesen Analysen vernachlässigt. Außerdem wird auf einzelne Arbeitnehmer abgestellt, nicht etwa auf Haushalte (wie in Abb. 1). Betrachtet werden außerdem die Bruttoreallöhne, d.h., Steuern und Transfers aller Art bleiben unberücksichtigt. Die zitierten Untersuchungen zeigen, dass die gemessene Ungleichheit über weite Perioden der jüngeren Vergangenheit stark angestiegen ist; Möller berichtet allerdings über eine Wende seit dem Jahr 2011.

Die zitierten Arbeiten verwenden sehr gute Daten aus der Sozialversicherungsstatistik, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg in verschiedenen Datensätzen und in vorbildlicher Weise für die Forschung verfügbar gemacht werden. Das Problem ist hier allerdings, dass nur ein Teil des Arbeitsmarktes betrachtet wird. Für eine politische Entscheidungsgrundlage ist diese Einschränkung problematisch, weil sie zu falschen Einschätzungen führen kann.

Um dies zu verdeutlichen, verwenden wir Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) – einer großen Erhebung, die das DIW jährlich durchführt. Diese Daten werden sowohl vom DIW selbst als auch von ande-

ren untersucht (vgl. z.B. Bönke, Corneo und Lüthen 2015 für eine exzellente Diskussion der Evidenz). Der Vorteil der SOEP-Daten liegt darin, dass die Stichprobe Arbeitslose oder die selbständig Beschäftigten nicht ausschließt. Außerdem sind Informationen über andere Einkommensarten (Kapitaleinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung etc.) sowie zu Steuern und Transfers vorhanden.

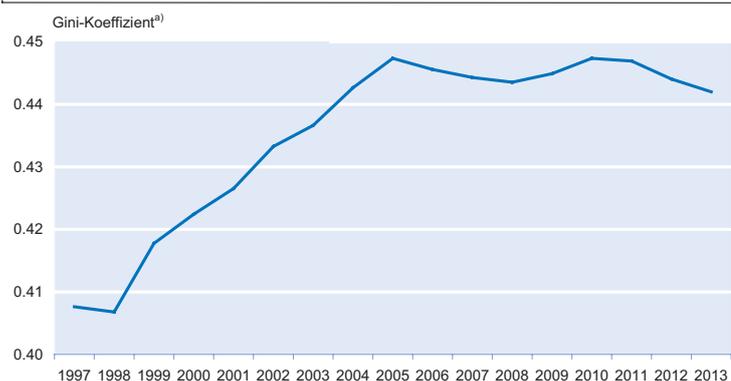
Um den Anschluss zur wissenschaftlichen Literatur, die häufig die realen Bruttolohnndaten des IAB nutzt, zu finden, beginnen wir unsere empirische Untersuchung mit Daten des SOEP zur realen Bruttolohnungleichheit. Wir konzentrieren uns also auf jene Ungleichheit, wie sie vom Marktmechanismus über die Erwerbseinkommen generiert wird, bevor der umverteilende Sozialstaat mit Steuern und Transfers eingreift.³ Auf die Wirkung dieser Maßnahmen gehen wir in Teil 2 dieses Berichtes ein. In allen Fällen betrachten wir reale, d.h. inflationsbereinigte Größen.

Abbildung 1 zeigt die Gini-Koeffizienten im Zeitverlauf seit 1997. Diese messen das Ausmaß der Bruttolohnungleichheit unter den Erwerbstätigen – Arbeitslose, ob auf Arbeitssuche oder nicht – sind in der Statistik nicht enthalten. Der Gini-Koeffizient ist ein sehr häufig verwendetes Maß der Ungleichheit: Ein Wert von 0 bedeutet, dass die Einkommen gleichmäßig über die Stichprobe verteilt sind; ein Wert von 1 bedeutet, dass das gesamte Einkommen auf eine einzige Person konzentriert ist und somit die Ungleichheit maximal ist.⁴

³ Natürlich ist die Bruttolohnungleichheit nicht unabhängig von Steuern und Transfers, weil diese das Marktgeschehen beeinflussen.

⁴ Der Gini-Koeffizient ist eine praktische Kennzahl, weil er die gesamte Verteilung der Einkommen in einer einzigen Ziffer zusammenfasst. Er wird jedoch kritisiert, weil er nicht enthüllt, inwieweit eine etwaige Zunahme der Ungleichheit durch steigende Einkommen der Reichen oder fallende Einkommen der Armen verursacht wird. Andere Kennzahlen, wie der Theil-Index oder der Atkinson-Index, haben ebenfalls Probleme. Daher wird gern auf Vergleiche zwischen Einkommensperzentilen abgestellt (z.B. das Einkommen der reichsten 20% im Vergleich zum Einkommen der ärmsten 20%). Die Auswahl der Perzentile unterliegt allerdings einer gewissen Beliebigkeit.

Abb. 1
Lohnungleichheit unter den Erwerbstätigen



Grundlage sind Personen im Alter von 16–65. Inflationsbereinigte Größen.

^{a)} Basiert auf den Bruttoarbeitseinkommen aller Beschäftigten.

Quelle: GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

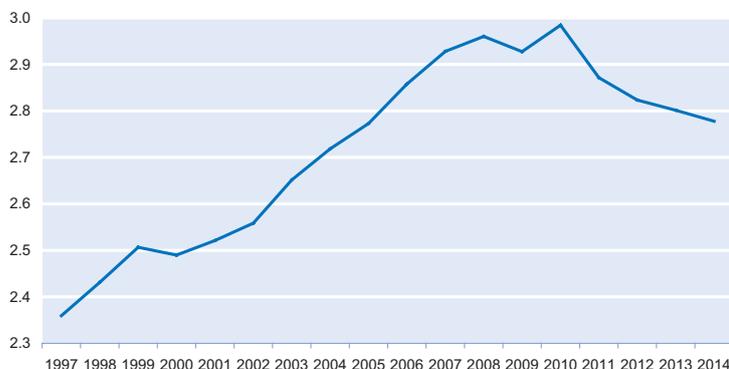
Abbildung 1 zeigt, dass der Gini-Koeffizient von 1997 bis 2005 deutlich angestiegen ist. Seit 2005 weist er ein relativ konstantes Niveau auf.

Die Darstellung suggeriert, dass sich Mitte der 2000er Jahre offenbar die Dynamik der Bruttolohnungleichheit in Deutschland verändert hat; der langjährige Anstieg ist beendet. Bemerkenswert ist, dass zum Zeitpunkt der Trendwende die Hartz-Gesetze in Kraft traten.

Wir stellen diesen Befund der Entwicklung auf Grundlage der aktuellsten Daten des IAB gegenüber und verwenden dazu die Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiographien (SIAB), die bis zum Jahr 2014 vorliegt. Da die Bruttolohninformationen im SIAB allerdings in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zensiert sind, ist es nicht ratsam, den Gini-Koeffizienten als Ungleichheitsmaß heranzuziehen. Ähnlich wie Möller (2016) betrachten wir daher ein Ungleichheitsmaß, das robust gegen diese Zensur ist, da es die höchsten 15% der Einkommen nicht berücksichtigt.⁵ Abbildung 2 zeigt das alternative Ungleichheitsmaß über den Zeitraum von 1997 bis 2014. Veranschaulicht wird das Verhältnis der Einkommen des 85. Perzentils relativ zu jenen des 15. Perzentils. Mit anderen Worten, wir vergleichen das Einkommen jener Person, die sich dadurch auszeichnet, dass 85% der Personen weniger als sie verdienen, mit einer anderen Person, die sich dadurch auszeichnet, dass 15% der Personen weniger verdienen. Auch auf Grundlage dieser Auswertung zeigt sich: Die Bruttolohnungleichheit unter den sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten ist seit 2007 relativ stabil und sinkt seit dem Jahr 2010 sogar. Schließlich untersuchen wir die Entwicklung der einzelnen Lohnperzentile über die Zeit separat und erhalten dadurch Aufschluss darüber, in welchem Teil der Lohnverteilung die stärksten Entwicklungen stattgefunden haben und auf welchen Bereich der Rückgang der Ungleichheit ab 2010 zurückzuführen ist. Abbildung 3 zeigt die Löhne des 15%- , 50%- und 85%-Perzentils. Deutlich wird, dass bis zum Jahr 2010 die realen Bruttolöhne am 15%-Perzentil sinken. In den Jahren von 2010 bis 2014 steigen die Löhne der untersten 15% allerdings deutlich an und treiben somit den Gesamt-rückgang der realen Bruttolohnungleichheit, den wir in Abbildung 2 zuvor beschrieben haben. Zwar gab es im Jahr 2011 eine Änderung in der Erfassung von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung in den SIAB-Daten, der Trend dürfte dadurch allerdings nicht beeinflusst sein. Vielmehr wird der Anstieg der niedrigen Löhne

⁵ Studien wie bspw. Card (2013) zeigen, dass jährlich um die 1% der Lohninformationen zensiert sind.

Abb. 2
Entwicklung der Lohnungleichheit (Perzentilverhältnis 85/15), SIAB



Das Sample umfasst nur sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Alter von 16–65, keine Auszubildenden; Löhne (reale Tagesentgelte) vom Stichtag 30. Juni eines jeden Jahres. Im Jahr 2011 findet eine Änderung in der Erfassung der Teilzeit statt; die systematische Untererfassung der Teilzeit vor dem Jahr 2011 wurde durch ein Imputationsverfahren korrigiert.

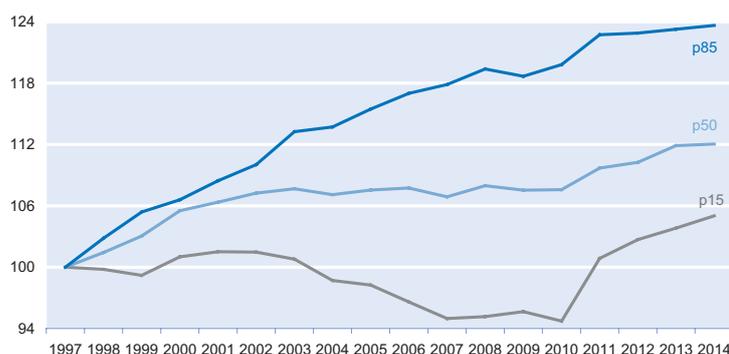
Quelle: SIAB 7514; Berechnungen des ifo Instituts.

unter anderem die positiven Lohnabschlüsse der Gewerkschaften in den letzten Jahren widerspiegeln.

Ungleichheit der Bruttoarbeitsentlohnung in der erwerbsfähigen Bevölkerung: Deutlicher Rückgang seit 2005

Definitionsgemäß bezieht sich die Lohnungleichheit auf Personen, die Arbeit haben und daher Lohnentlohnung beziehen. Personen ohne Arbeit – Arbeitslose oder Personen, die die Arbeitssuche wegen Erfolgslosigkeit aufgegeben haben – gehen nicht in diese Statistik ein. Die Agenda 2010 hatte aber das zentrale Ziel, gerade diese Personen in Beschäftigung zu bringen. Die Kernidee »Mehr Geld fürs Mitmachen und weniger Geld fürs Wegbleiben« hatte das Ziel, die Beschäftigung zu steigern und mehr Menschen zu Arbeitseinkommen zu verhelfen. Die Hartz-Reformen, die bis 2005 eingeführt wurden, setzten diese Prämissen um.

Abb. 3
Lohnperzentile



Das Sample umfasst nur sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Alter von 16–65, keine Auszubildenden; Löhne (reale Tagesentgelte) vom Stichtag 30. Juni eines jeden Jahres. Im Jahr 2011 findet eine Änderung in der Erfassung der Teilzeit statt; die systematische Untererfassung der Teilzeit vor dem Jahr 2011 wurde durch ein Imputationsverfahren korrigiert.

Quelle: SIAB 7514; Berechnungen des ifo Instituts.

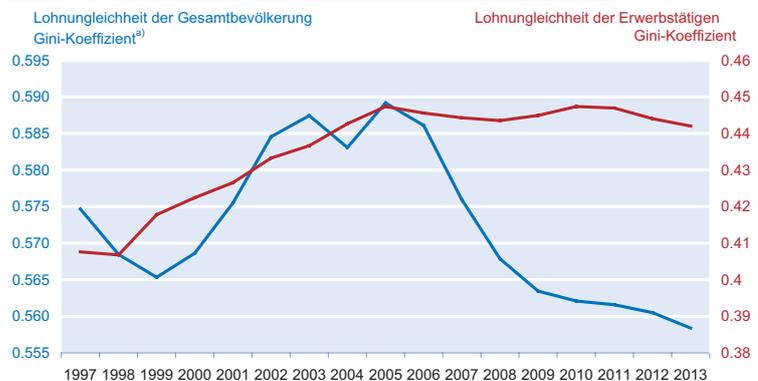
In der Tat hat sich seit den Reformen die Arbeitslosenquote von fast 12% im Jahr 2005 auf etwa 6% im Jahr 2014 reduziert. Die Beschäftigung ist von 39 auf 43 Mio. Personen gestiegen. Mehr als 4 Mio. Personen erzielen heute Arbeitseinkommen, während sie 2005 kein Arbeitseinkommen erzielt hatten. Um eine umfassende Betrachtung der Ungleichheitsdynamik auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, muss diese Gruppe von Personen berücksichtigt werden.

Diese Notwendigkeit wird besonders deutlich, wenn man sich die Wirkung eines Mindestlohnes vor Augen führt. Ein bindender Mindestlohn führt zu einem Anstieg der Arbeitseinkommen bei Geringverdienern. Außerdem kann der Mindestlohn dazu führen, dass Unternehmen die Löhne von Besserverdienenden absenken oder weniger stark steigen lassen, um keine Verluste machen zu müssen. Dies reduziert ganz offensichtlich die Bruttolohnungleichheit unter den Beschäftigten. Wenn aber der Mindestlohn langfristig zu einer Verringerung der Beschäftigung führt, dann steigt die Anzahl der Personen, die gar kein Arbeitseinkommen erzielen, und dies erhöht die Ungleichheit in der Erwerbsbevölkerung. Wenn es das politische Ziel wäre, die Ungleichheit unter den Beschäftigten zu senken, sollte ein möglichst hoher Mindestlohn gewählt werden. Dies hätte aber den Preis einer höheren Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung. Die Absenkung von De-facto-Mindestlöhnen, unter denen sich aus Sicht der Arbeitnehmer Beschäftigung nicht lohnte, durch die Hartz-Reformen, könnte also zwar die Ungleichheit unter den Beschäftigten erhöht haben, die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung aber verringert haben. Auch jene Komponenten der Agenda 2010, die eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bewirken sollten, könnten ähnlich gewirkt haben: einerseits steigt die Ungleichheit unter den Beschäftigten, weil aber die Beschäftigung insgesamt steigt, fällt andererseits die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 4 kontrastiert die Entwicklung des Gini-Koeffizienten in der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung mit jener des Gini-Koeffizienten der Erwerbstätigen auf Basis der Daten aus dem SOEP. Für die Berechnung des Gini-Koeffizienten in der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung werden explizit auch Personen ohne Arbeitseinkommen berücksichtigt – wir setzen den Wert ihrer Arbeitseinkommen dazu auf null. Berücksichtigen wir diese Stichprobe, so wird deutlich, dass die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung seit 2006 deutlich abgenommen hat und in der Zwischenzeit unter den Wert aus dem Jahr 2000 gesunken ist. Dies zeigt die blaue Linie in Abbildung 4. Die rote Linie wiederholt, was schon in Abbildung 1 für die Beschäftigten gezeigt wurde.

Abb. 4

Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen unter den Erwerbstätigen und in der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Grundlage sind Personen im Alter von 16–65. Inflationsbereinigte Größen.

^{a)} Die Arbeitsentgelte von Personen ohne Arbeitseinkommen sind gleich null gesetzt.

Quelle: GSOEPV31; Berechnungen des ifo Instituts.

Es ist bezeichnend, dass die beiden in Abbildung 4 gezeigten Kurven bis 2006 sehr ähnliche Trends aufweisen, während sie sich danach drastisch auseinanderentwickeln. Seit 2005 ist der Gini-Koeffizient der Arbeitseinkommen in der Gesamtbevölkerung von 0,59 auf 0,56 zurückgegangen, während jener in der Population der Beschäftigten nur von 0,45 auf 0,44 abgesunken ist – eine statistisch nicht von einer Stagnation zu unterscheidende Entwicklung. Dieser Trend ist auf eine seit 2005 deutlich gestiegene Erwerbsbeteiligung zurückzuführen: Der Anteil der Personen, die gar kein Arbeitseinkommen erzielen und damit zu den wirtschaftlich schwächsten in der Gesellschaft zählen, ist zurückgegangen. Dies hat zu einer Abnahme der Ungleichheit geführt. Weil aber die neuen Arbeitnehmer häufig aus sozio-ökonomischen Gruppen kamen, die niedrige Löhne beziehen, hat diese Entwicklung die Ungleichheit unter den Beschäftigten nach oben gedrückt, so dass diese nicht wie die Verteilung der Bruttoarbeitseinkommen in der gesamten Bevölkerung fallen konnte.

Unsere Analyse in Abbildung 4 verdeutlicht, dass steigende Arbeitsbeteiligung von hoher Bedeutung für die Einschätzung der Ungleichheit in der erwerbsfähigen Bevölkerung ist. Um dies noch einmal sichtbarer zu machen, vergleichen wir in Abbildung 5 die Entwicklung der Arbeitslosenquote und die Entwicklung des Gini-Koeffizienten in der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung. Die Korrelation dieser beiden Zeitreihen beträgt 94%. Offensichtlich hat die starke Abnahme der Arbeitslosigkeit seit den Hartz-Reformen die Ungleichheit in der erwerbsfähigen Bevölkerung vermindert. In der Tat erscheint die fallende Arbeitslosigkeit der wichtigste Treiber der Entwicklung gewesen zu sein.

Die Logik hinter der gezeigten Entwicklung ist denkbar einfach: Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat Personen in Beschäftigung gebracht, die relativ niedrige Einkommen als Erwerbstätige erzielen. So steigt die Ungleichheit unter den

Abb. 5
Arbeitslosenquote und Ungleichheit von Arbeitseinkommen in der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Grundlage sind Personen im Alter von 16–65. Inflationsbereinigte Größen.
^{a)} Die Arbeitsentgelte von Personen ohne Arbeitseinkommen sind gleich null gesetzt.
 Quelle: Destatis (Daten zur Arbeitslosenquote); GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

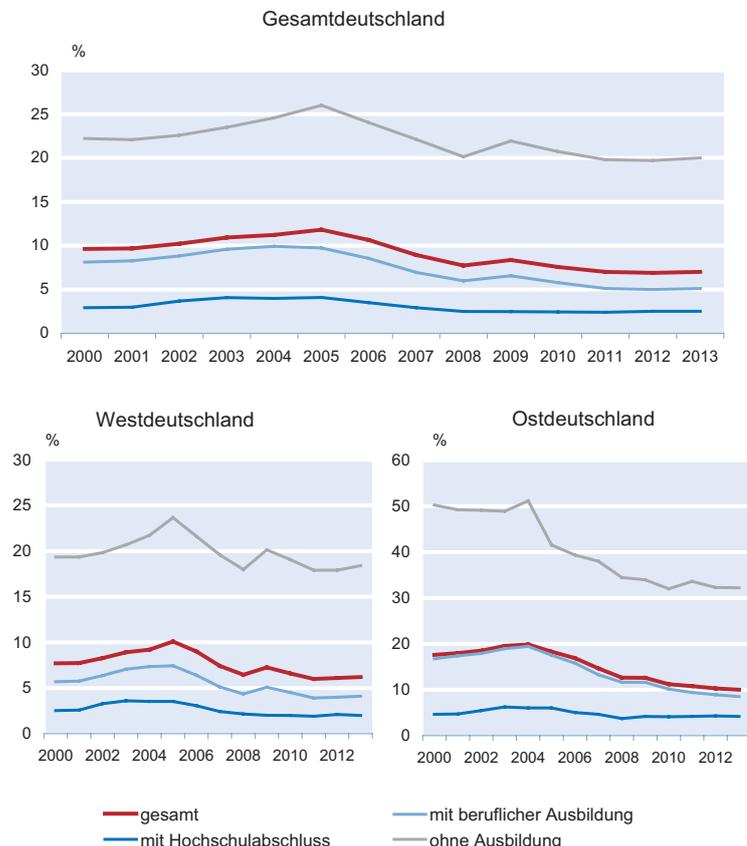
Beschäftigten; aber jene in der Gesamtbevölkerung sinkt, weil der Anteil der Personen mit Nulleinkommen fällt. Diese Argumentation steht und fällt mit der Frage, ob der Abbau der Arbeitslosigkeit tatsächlich eher die Beschäftigung von Personen mit eher geringen Arbeitseinkommen erhöht hat. Nur wenn der Zuwachs in der Beschäftigung zu einer höheren Heterogenität in der Gruppe der Beschäftigten geführt hat, lassen sich die oben besprochenen Fakten – höhere Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Beschäftigten, geringere Ungleichheit unter allen potenziellen Erwerbstätigen – zusammenbringen. In den folgenden Abbildungen gehen wir dieser Frage nach.⁶

Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten sowohl in Gesamtdeutschland als auch getrennt nach West- und Ostdeutschland seit dem Jahr 2000 für verschiedene Ausbildungsgrade. Dabei verwenden wir Daten des IAB aus dem Jahr 2013, die auf registrierte Arbeitslose abstellen (Personen, die arbeitslos, aber nicht arbeitsuchend sind, sind nicht erfasst). Es zeigt sich in beiden Regionen, dass die Arbeitslosenquoten auf dem gesamten Arbeitsmarkt von 2000 bis 2005 gestiegen sind – von 17% auf 20% im Osten, von 8% auf 10% im Westen – und seit 2005 wieder deutlich zurückgegangen sind – von 20% auf 10% im Osten, von 8% auf 6% im Westen. Dieser Rückgang wurde jedoch überproportional durch höhe-

re Beschäftigung unter geringqualifizierten Arbeitnehmern ermöglicht: So ist die Arbeitslosenquote unter den Personen ohne Abitur und Lehrabschluss von über 50% auf etwa 30% im Osten und von 24% auf 17% im Westen abgesunken; auch unter den Personen mit Hochschulabschluss hat sich die Arbeitslosenquote reduziert, aber, ausgehend von einem auch im Jahr 2005 geringen Niveau (4% im Westen, 6% im Osten), nur um wenige Prozentpunkte (jeweils um etwas weniger als 2 Prozentpunkte).

Die Zunahme der Beschäftigung unter den besonders durch Arbeitslosigkeit betroffenen Niedrigqualifizierten ist ein großer Erfolg der Hartz-Reformen. Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen ist dadurch seit 2005 deutlich gefallen. Wer nur die Ungleichheit unter den Beschäftigten über die Zeit verfolgt, ignoriert, dass sich sowohl die Höhe als auch die Zusammensetzung der Beschäftigung über die Zeit verändert hat. Dies schmälert entscheidend die Aussagekraft von Ergebnissen zur Ungleichheit unter den Beschäftigten.

Abb. 6
Arbeitslosenquote in unterschiedlichen Bildungsgruppen



Quelle: IAB 2015, Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 1975 bis 2013.

⁶ Verschiedene Studien, darunter Grabka, Goebel und Scgupp (2012), Schmid und Stein (2013) und Adam (2014) stellen ähnliche Überlegungen an. Sie betonen die Bedeutung der starken Beschäftigungszuwächse seit 2006 für die Dynamik der Einkommensungleichheit.

Kein Boom bei der Teilzeitarbeit seit 2005

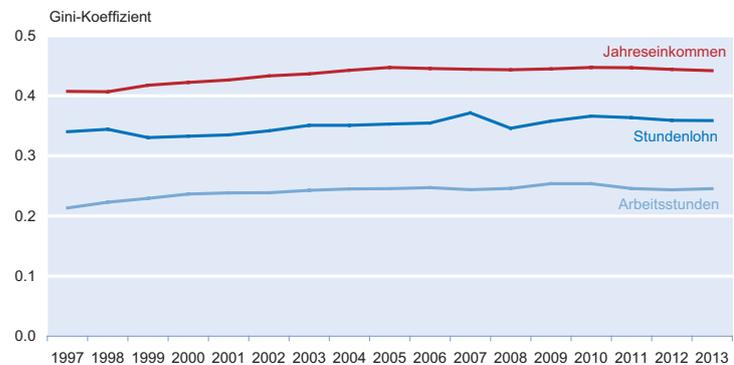
Im vorhergehenden Kapitel haben wir gezeigt, dass die Ungleichheit gesunken ist, weil Personen, die vormals arbeitslos waren, seit den Hartz-Reformen dazu in der Lage sind. Im Folgenden betrachten wir nun einen weiteren wichtigen Aspekt in der Debatte zur Bruttolohnungleichheit: den geleisteten Arbeitsumfang.

Das Jahresarbeitseinkommen ist das Produkt aus den in einem Jahr geleisteten (und vergoltenen) Arbeitsstunden und dem Stundenlohn. Daher wird die Ungleichheit der Arbeitseinkommen durch Veränderung in der Ungleichheit der Stundenlöhne und der geleisteten Arbeitsstunden getrieben. Die Beurteilung dieser beiden Treiber kann aber unterschiedlich ausfallen: Arbeitnehmer können sich aus freien Stücken für eine Teilzeitbeschäftigung entscheiden, weil dies für ihre individuelle Planung optimal ist; es wird hingegen kaum für einen Beschäftigten optimal sein, einen niedrigen Stundenlohn einem höheren vorzuziehen. Daher ist die Dynamik der Ungleichheit der Stundenlöhne grundsätzlich anders einzuschätzen als jene der geleisteten Stunden.

Abbildung 7 zeigt die Entwicklung unterschiedlicher Ungleichheitsmaße. Die rote Linie gibt wieder, wie sich der Gini-Koeffizient der Jahreseinkommen über die Zeit entwickelt hat (diese Zeitreihe ist identisch mit jener in Abb. 1).⁷ Die darunter liegenden Reihen beschreiben die Dynamik der Ungleichheit der Stundenlöhne und der Arbeitsstunden: In beiden Fällen gab es eine merkliche Zunahme bis etwa zur Mitte des letzten Jahrzehnts; seither hat sich die Dynamik abgeschwächt. Die Ungleichverteilung der Stundenlöhne ist um ca. 50% stärker ausgeprägt als jene der Arbeitsstunden. Das bedeutet, dass Personen mit höheren Stundenlöhnen im Durchschnitt auch mehr Arbeitsstunden leisten. Interessant ist auch, dass die Ungleichheit der Arbeitsstunden selbst ca. die Hälfte des Gini-Koeffizienten der Arbeitseinkommen ausmacht.

Die Trennung der Ungleichheitsdynamik in den Beitrag der Löhne und der Arbeitsstunden ist für die wirtschaftspolitische Debatte von hoher Relevanz. Wenn die Varianz der Arbeitsstunden über die Beschäftigten einem individuellen Optimierungskalkül entspricht, dann ist eine etwaige Zunahme an-

Abb. 7
Ungleichheit unter den Beschäftigten:
Die Rolle von Stundenlöhnen und geleisteten Stunden

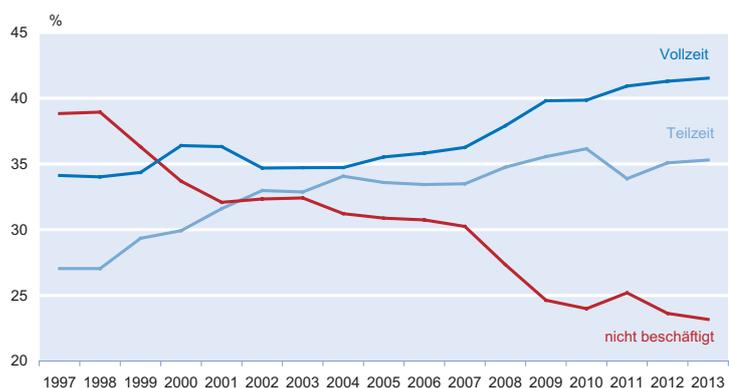


Grundlage sind Personen im Alter von 16–65. Inflationsbereinigte Größen.
Quelle: GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

ders einzuschätzen, als wenn Personen unfreiwillig in Teilzeitarbeit gehen müssen, weil Vollzeitjobs nicht verfügbar sind. Mit anderen Worten: Ist Ungleichheit in den gearbeiteten Stunden vom individuellen Arbeitsangebot oder von der Arbeitsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt getrieben? Diese Frage ist gerade bei der Beschäftigung von Frauen von höchster Bedeutung. Die nächsten beiden Abbildungen widmen sich diesem Thema.

Abbildung 8 zeigt, dass der Anteil von Frauen im Alterssegment von 25 bis 65 Jahren in Beschäftigung (Summe aus Vollzeit und Teilzeit) von ca. 61% im Jahr 1997 auf fast 77% im Jahr 2013 zugenommen hat. Der Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung hat besonders deutlich zugelegt: Er stieg vom 27% auf etwa 35%. Dieser Anstieg fällt zum größten Teil in die Zeit vor den Hartz-Reformen. Seit 2005 ist der Anteil der Frauen in Vollbeschäftigung um 6 Prozentpunkte von 36% auf 42% gestiegen; jener in Teilzeit ist hingegen nur um 2 Prozentpunkte gestiegen. Dies legt nahe, dass die Hartz-Reformen nicht, wie oft vermutet, nur oder hauptsächlich zu einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung geführt hätten.

Abb. 8
Voll- und Teilzeitarbeit und Beschäftigung von Frauen



Grundlage sind Frauen im Alter von 25–65.
Quelle: GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

⁷ Die Bestimmung der Stundenlöhne und der geleisteten Arbeitsstunden im SOEP-Datensatz ist nicht unproblematisch, da sie auf einer Imputation basieren.

Die zentrale Frage ist nun, ob die gezeigten Entwicklungen Präferenzen der Frauen widerspiegeln oder aber aus Arbeitsmarktzwängen resultieren. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Der SOEP-Datensatz enthält allerdings Informationen darüber, wie viele Arbeitsstunden eine befragte Person eigentlich arbeiten möchte (bei proportionaler Anpassung des Arbeitseinkommens). Diese Angaben können dann mit den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden verglichen werden. Abbildung 9 zeigt den Anteil jener Frauen, die angeben, in Vollzeit zu arbeiten, aber lieber eine Teilzeitstelle hätten. Sie zeigt auch den Anteil der Frauen, die in Teilzeit arbeiten, aber lieber eine Vollzeitstelle hätten. Es zeigt sich, dass ca. 10 bis 15% in die letzte Kategorie gehören. Der Anteil ist seit 2005 ungefähr stabil. Interessanterweise befinden sich fast doppelt so viele Frauen in der ersten Kategorie: Sie würden gerne weniger arbeiten (natürlich bei Verzicht auf Lohneinkommen).

Insgesamt legt die Analyse nahe, dass die oft geäußerte Vermutung, der Ausbau der Teilzeitarbeit entspräche nicht den Präferenzen der betroffenen Arbeitnehmern, nur für einen relativ kleinen Teil der beschäftigten Frauen zutrifft. Eher gilt umgekehrt, dass der starke Ausbau der Vollzeitbeschäftigung den Präferenzen der Frauen entspricht: Der Anteil der Personen, die sich eine Teilzeitstelle wünschen, ist seit 2005 ziemlich konstant.

Sozial erwünschte Trends können zu höherer gemessener Ungleichheit unter den Beschäftigten führen

Einige wichtige und gesellschaftspolitisch häufig als willkommen beschriebene Trends erhöhen die Ungleichheit unter den Beschäftigten auch auf eine mechanische Weise. Dies gilt z.B. für die zunehmende Beschäftigung von Frauen, für die Steigerung der Lebenserwartung und die damit einhergehende Zunahme des durchschnittlichen Alters der Beschäftigten sowie für die Zunahme des allgemeinen Bildungsniveaus. Der Grund ist, dass die Lohnungleichheit unter Frauen, in älteren Kohorten von Arbeitnehmern oder unter Akademikern allgemein höher ist, so dass eine Ausdehnung der Anteile in der Gesamtbeschäftigung automatisch zu höherer Ungleichheit führt, auch wenn sich die Lohnverteilung innerhalb der Gruppen gar nicht verändert hat. Es steht zu vermuten, dass also ein substantieller Anteil der Dynamik der Ungleichheit zwischen 1997 und heute auf diese wünschenswerten Trends zurückzuführen und daher nicht als problematisch anzusehen ist.

In den folgenden Abbildungen zeigen wir, dass diese Vermutung in den deutschen Da-

ten Bestätigung findet. Wir setzen wieder den SOEP-Datensatz ein und verwenden wegen der besseren Vergleichbarkeit mit verfügbaren Studien die Standardabweichung der logarithmierten Löhne als Ungleichheitsmaß.

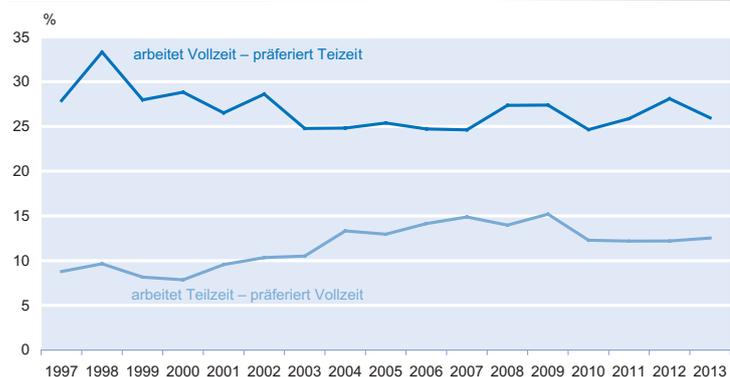
Erwerbsbeteiligung von Frauen

Wir beginnen mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen. Der linke Teil der Abbildung 10 zeigt, dass die Beteiligung der Frauen unter den Vollzeitbeschäftigten von 31% im Jahr 1997 auf 38% gestiegen ist. Der rechte Teil der Abbildung ist etwas komplizierter: Er zeigt einerseits die logarithmierten durchschnittlichen realen (d.h. inflationsbereinigten) Arbeitseinkommen für Männer und Frauen, jeweils für 1997 und 2013. Ein Wert von 10,52 bedeutet ein Einkommen von ca. 37 050 Euro Jahreseinkommen. Es zeigt sich, dass Männer offensichtlich besser verdienen als Frauen. Der durchschnittliche Einkommensunterschied im Jahr 1973 beträgt 0,32 Log-Punkte; das ist ein ungefährer Einkommensunterschied von 32%. Der Unterschied der Durchschnittseinkommen ist im Jahr 2013 noch immer unerfreulich hoch, hat sich aber im Vergleich zu 1997 auf 28% verringert.⁸ Ein höherer Beschäftigungsanteil von Frauen führt also mechanisch dazu, dass die Ungleichheit steigt, weil Personen mit relativ geringen Einkommen in die betrachtete Gruppe gekommen sind.⁹

⁸ Im Umkehrschluss gilt: Wenn es gelingt, die Durchschnittslöhne der Frauen jenen der Männern anzugleichen, würde die gesamtwirtschaftliche Ungleichheit substantiell sinken. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass wir an dieser Stelle nur allgemeine Durchschnittswerte vergleichen, ohne für weitere Charakteristiken, die den Lohnunterschied zumindest zum Teil erklären könnten, zu kontrollieren.

⁹ Die Graphik zeigt, dass die durchschnittlichen realen Einkommen zwischen 1997 und 2013 für Männer und Frauen ungefähr konstant geblieben sind. Dies ist dadurch zu erklären, dass sich die ausgewiesenen Durchschnittseinkommen jedes Jahr auf eine andere Stichprobe beziehen. Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit sind im Jahr 2013 sehr viel mehr geringverdienende Personen in Arbeit als 1997, und das zieht den Durchschnitt nach unten, auch dann, wenn die realen Einkommen der dauerhaft von 1997 bis 2013 beschäftigten Personen gestiegen wären (vgl. Battisti, Felbermayr und Lehwald 2016).

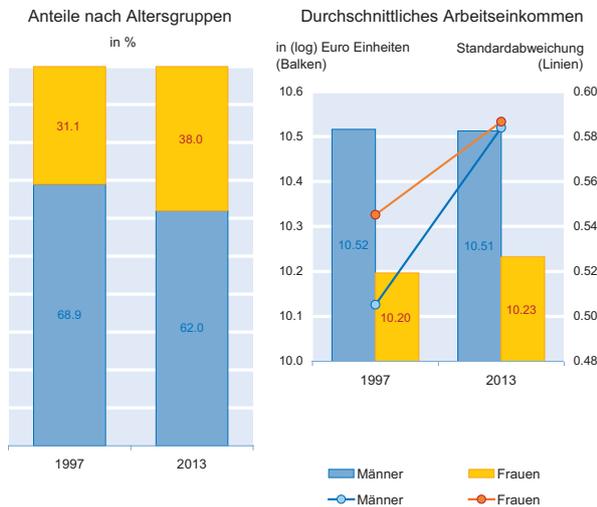
Abb. 9
Vollzeit- versus Teilzeitbeschäftigung von Frauen:
Gewünscht oder unerwünscht



Grundlage sind Frauen im Alter von 25–65.

Quelle: GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 10
Beschäftigung von Frauen und Ungleichheit innerhalb der Beschäftigten



In Vollzeit beschäftigte Personen im Alter von 25–65. Inflationsbereinigte Größen.
Quelle: GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

Dieser Befund gilt auch dann, wenn die Einkommensungleichheit innerhalb der Gruppen beschäftigter Frauen gleich jener der Männer wäre. Das ist nun aber nicht der Fall: Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen von Frauen ist deutlich höher als jene der Männer; dies ist an der rechten vertikalen Achse im rechten Teil der Abbildung 10 abzulesen. Dies hat verschiedene Gründe: Frauen spezialisieren sich offenbar auf Berufsgruppen, zwischen denen die Ungleichheit relativ hoch ist. Außerdem erhöhen häufiger Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit (z.B. durch längere Babypausen) die Karrierepfade bei manchen Frauen, was ebenfalls ungleichheits-erhöhend wirkt. Durch die zusätzliche Beschäftigung von Frauen kam also eine Gruppe von Personen hinzu, die nicht nur durchschnittlich weniger verdient als die Gruppe der Männer, sondern auch noch durch relativ hohe interne Ungleichheit ausgezeichnet ist. Auch das treibt die Gesamtungleichheit nach oben. Das dritte Element, das die Gesamtungleichheit treibt, ist der Umstand, dass die Ungleichheit in den Gruppen der Männer und der Frauen jeweils auch noch gestiegen ist.

Die Botschaft aus Abbildung 10 ist: Frauen verdienen weniger als Männer und die Arbeitseinkommensungleichheit unter Frauen ist höher als jene unter Männern. Daher führt eine höhere Beschäftigungsrate von Frauen zu höherer Gesamtungleichheit, auch wenn sich die Struktur der Löhne (der durchschnittliche Lohnnachteil von Frauen oder die Streuung der Löhne innerhalb der beiden Gruppen) überhaupt nicht geändert hätte. Diese Aussage soll die höchst problematischen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen nicht beschönigen; im Gegenteil: Ihr Abbau würde die Ungleichheit umso mehr senken, als der Anteil der Frauen in der Gesamtbeschäftigung steigt. Aber die Ungleichheit in Deutschland

wäre heute geringer, wenn es nicht zu dem Anstieg der Beschäftigungsrate von Frauen gekommen wäre, der gesamtgesellschaftlich allgemein als begrüßenswert angesehen wird.

Alterung der Beschäftigten

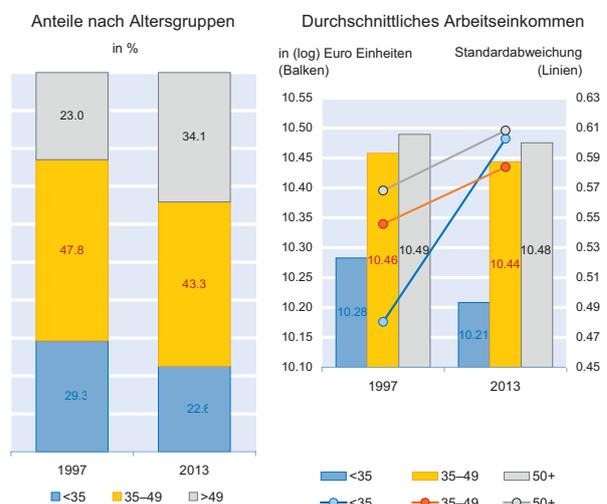
Auch die Alterung der Arbeitnehmer führt zu höherer Ungleichheit. Dies wird in Abbildung 11 deutlich. Die linke Seite der Graphik zeigt, dass der Anteil junger Arbeitnehmer (zwischen 25 und 35 Jahren) in der deutschen Beschäftigung von ca. 29% auf 23% gesunken ist, während jener der älteren Arbeitnehmer (zwischen 50 und 65 Jahren) von ca. 23% auf 34% gestiegen ist.

Der rechte Teil der Abbildung 11 zeigt für das Jahr 1997, dass die Streuung der Arbeitseinkommen in der Gruppe der älteren Beschäftigten höher ist als in der Gruppe der jüngeren (rechte Achse). Daher führt eine Zunahme des Anteils älterer Beschäftigter automatisch zu einer Steigerung der Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung der Beschäftigten. Auch in diesem Fall gilt also: Wenn die Altersstruktur der Bevölkerung konstant geblieben wäre, wäre die Ungleichheit seit 1997 deutlich weniger stark gestiegen. Oder anders ausgedrückt: Selbst wenn die Ungleichheit innerhalb der Altersgruppen konstant geblieben wäre und wenn die durchschnittlichen Arbeitseinkommen unverändert geblieben wären, hätte die Alterung der Beschäftigung zu einem Anstieg der Ungleichheit geführt.

Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus

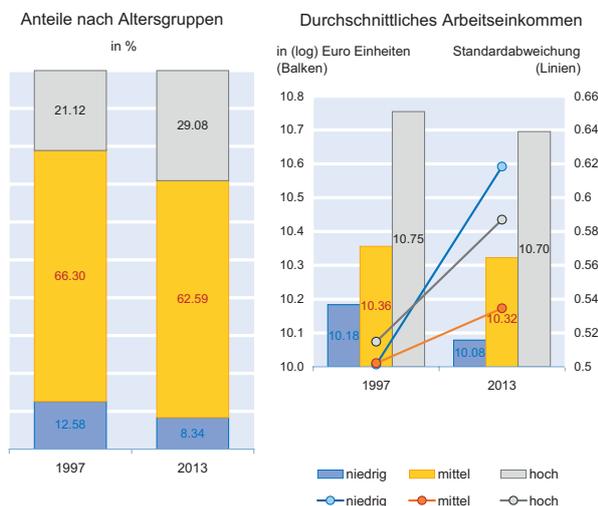
Als letztes untersuchen wir noch die Wirkung des Anstiegs des allgemeinen Bildungsniveaus (vgl. Abb. 12). Hier zeigt

Abb. 11
Alterung der Beschäftigten und Ungleichheit innerhalb der Beschäftigten



In Vollzeit beschäftigte Personen. Inflationsbereinigte Größen.
Quelle: GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 12
Anstieg des Bildungsniveaus und Ungleichheit innerhalb der Beschäftigten



In Vollzeit beschäftigte Personen im Alter von 25–65. Inflationsbereinigte Größen.
 Quelle: GSOEPv31; Berechnungen des ifo Instituts.

sich, dass zwischen 1997 und 2013 der Anteil der Beschäftigten mit hohem Bildungsabschluss (Hochschulniveau) von 21% auf 29% gestiegen und der Anteil mit niedrigem Bildungsniveau von 13% auf 8% gefallen ist. Gleichzeitig ist es so, dass die Lohnungleichheit innerhalb der Gruppe der hochqualifizierten Arbeitnehmer im Jahr 1997 höher war als in der Gruppe der Personen mit geringem oder mittlerem Bildungsniveau. Damit gilt auch in diesem Fall: Auch wenn die Struktur der Lohnverteilung über die Zeit unverändert geblieben wäre, hätte die Zunahme des allgemeinen Bildungsniveaus in Deutschland zu einer Zunahme der Ungleichheit geführt.

Wir stellen also fest, dass die Zusammensetzung der Beschäftigung für die Dynamik der Ungleichheit in Deutschland von Bedeutung ist. Wir sind nicht die ersten, die auf diesen Umstand hinweisen. Klemm und Weigert (2014) betrachten einen längeren, aber weniger aktuellen Zeitraum und verwenden ebenfalls Daten aus dem SOEP. Sie betrachten Veränderungen in der Arbeitserfahrung (eine Variable, die stark mit dem Alter eines Arbeitnehmers korreliert) und das Bildungsniveau. Die Autoren schätzen, dass etwa ein Viertel des Zuwachses der Ungleichheit unter den Beschäftigten auf Veränderungen in der Zusammensetzung der Beschäftigten zurückzuführen ist.

Fazit

Wirtschaftliche Ungleichheit spielt in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion in Deutschland zu Recht eine

wichtige Rolle. Die öffentliche Wahrnehmung stimmt aber oft nicht mit der aktuellen faktischen Entwicklung überein.

So zeigt sich beispielsweise, dass die reale Bruttolohnungleichheit unter der Gesamtheit aller Erwerbstätigen seit 2005 leicht gefallen ist. Für sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte finden wir diese Entwicklung seit dem Jahr 2011. Dabei zeigen wir auf, dass die veränderte Dynamik seit 2011 vor allem auf ein Lohnwachstum im unteren Bereich der Lohnverteilung zurückzuführen ist. Wir bestätigen und erweitern hiermit den Befund von Möller (2016). Auf Basis der aktuellen Daten zur Verteilung der Arbeitseinkommen lässt sich die Behauptung, Deutschland würde immer ungleicher, nicht aufrechterhalten.

Ebenso wichtig wie die genaue Darstellung der aktuellen Entwicklungen ist es jedoch, die Struktur hinter der Dynamik der Bruttolohnverteilung zu verstehen. Hier ist vor allem die sich verändernde Zusammensetzung der Beschäftigung zu erwähnen. Seit 2005 wurden in Deutschland 4 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen; und nur ein kleiner Anteil davon im Teilzeitbereich. Dies hat dazu geführt, dass Millionen Personen, die vormals arbeitslos waren, nun Einkommen auf dem Arbeitsmarkt erzielen können. Wird dieser Beschäftigungseffekt zur Beurteilung der Entwicklung der Bruttolohnungleichheit berücksichtigt, fällt der Rückgang seit 2005 noch deutlicher aus.

Literatur

- Adam, H. (2014), »Die Politische Ökonomie Wachsender Ungleichverteilung Der Einkommen«, *Wirtschaftsdienst* 94(2), 104–111.
- Battisti, M., G.J Felbermayr und S. Lehwald (2016), »Inequality in Germany: Myth, Facts and Policy Implications«, Ifo Working Paper 217.
- Bönke, T., G. Corneo und H. Lüthen (2015), »Lifetime Earnings Inequality in Germany«, *Journal of Labor Economics* 33(1), 171–208.
- Card, D., J. Heining und P. Kline (2013), »Workplace Heterogeneity and the Rise of German Wage Inequality«, *Quarterly Journal of Economics* 128(3), 967–1015.
- Dustmann, Chr., B. Fitzenberger, U. Schönberg und A. Spitz-Oener (2014), »From Sick Man of Europe to Economic Superstar: Germany's Resurgent Economy«, *Journal of Economic Perspectives* 28, 167–188.
- Dustmann, Chr., J. Ludsteck und U. Schönberg (2009), »Revisiting the German Wage Structure«, *The Quarterly Journal of Economics* 124(2), 843–881.
- Felbermayr, G.J., M. Battisti und S. Lehwald (2016), *Entwicklung der Einkommensungleichheit: Daten, Fakten und Wahrnehmungen*, Studie im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, München, verfügbar unter: http://familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Studie_Stiftung_Familienunternehmen_Einkommensungleichheit.pdf.
- Fratzcher, M. (2016), *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*, Carl Hanser Verlag. München.
- Grabka, M.M., J. Goebel und J. Schupp (2012), »Has Income Inequality Spiked in Germany?«, *DIW Economic Bulletin* 2(12), 3–14.

IAW Tübingen und Universität Tübingen (2011), »Aktualisierung der Berichterstattung über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutsch-

land«, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Zb1-04812-1/14(a)).

Klemm, M. und B. Weigert (2014), »Does Composition Matter? Wage Inequality and the Demographic and Educational Structure of the Labor Force in Germany.« Working Papers, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Möller, J. (2016), »Lohnungleichheit – gibt es eine Trendwende?«, IAB Discussion Paper 9/2016.

Schmid, K.D. und U. Stein (2013), »Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991–2010«, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, DIW Berlin.